

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 104. Ratssitzung vom 8. Juni 2016**

**1977. 2016/80**

**Weisung vom 16.03.2016:**

**Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2015**

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht 2015 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Geschäftsbericht AOZ:

**Maleica Landolt (GLP):** *Der Stadtrat beantragt die Genehmigung des Geschäftsberichts 2015 der AOZ. Die AOZ ist eine selbstständige, öffentlich-rechtliche, konfessionell und politisch neutrale Anstalt der Stadt Zürich, die Dienstleistungen im Migrations- und Asylbereich erbringt, so etwa in den Bereichen Sozialhilfe, Betreuung und Nothilfe sowie Bildung und Arbeitsintegration. Die AOZ erfüllt Leistungsaufträge der Stadt, des Kantons, von Gemeinden und weiteren Auftraggeberinnen im Einzugsgebiet des Grossraums Zürich. Die kontinuierliche Weiterentwicklung, die Leistungen und die Aufgaben orientieren sich an gesellschaftlichen Entwicklungen und Spannungsfeldern rund um unser Land. Das erfordert Fachlichkeit, grosses Know-How, Innovation, eine grosse Anpassungsfähigkeit sowie eine ständige Verbesserung des gesamten Aufbaus des Unternehmens und der Prozesse. Die AOZ war 2015 ausserordentlich stark gefordert. Der starke Anstieg an Asylgesuchen erforderte schnelle, innovative Lösungen. Unter grossem Zeitdruck mussten Unterbringungskapazitäten gefunden werden. Neuankömmlinge mussten betreut und medizinisch versorgt werden. Beschäftigungsmöglichkeiten mussten sichergestellt werden. Ein spezieller Schwerpunkt liegt zurzeit im Bereich Kinder und Jugendliche. Die Anzahl unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender ist sprunghaft angestiegen. Das Angebot in diesem Bereich musste ausgebaut werden. Dreimal so viele unbegleitete Minderjährige wie im Vorjahr reisten in die Schweiz ein. Die AOZ eröffnete drei Aussenstellen für Kinder und Jugendliche und musste dafür geeignete Liegenschaften finden. Die GPK hat in ihrer Aufsichtsfunktion den Geschäftsbericht mit dem Verwaltungsratspräsidenten und dem Direktor der AOZ beraten und Fragen eingereicht. Wir haben auch das neu überarbeitete Organisations- und Finanzreglement, die überarbeitete Kompetenzordnung sowie die aktuelle Leistungsvereinbarung 2016 der AOZ mit dem Sozialdepartement gesichtet. In diesem Sinne beantragt die GPK-Mehrheit, den Geschäftsbericht zur Kenntnis zu nehmen.*

Kommissionsminderheit Geschäftsbericht AOZ:

**Stefan Urech (SVP):** *Ich kenne einige Mitarbeitende der AOZ und weiss, dass sie ihre Arbeit sehr engagiert und mit bestem Wissen und Gewissen ausüben. Die SVP wird den*

*Geschäftsbericht nicht genehmigen. Das Vorwort ist ein Abstimmungswerbetext für die Vorlage zur Asylgesetzrevision. Interessanterweise wurden im Bericht mit keinem einzigen Wort untergetauchte Asylsuchende erwähnt. Über die Hälfte der Leute, die abreisten, tauchten unter. Auf Nachfrage heisst es, diese Personen seien untergetaucht, weil sie so schnell wie möglich wieder gehen wollten. Uns stört am Bericht insbesondere, dass das Thema Sicherheit keinen Platz findet. In den Grundwerten heisst es zwar, die Sicherheit der einheimischen und ausländischen Bevölkerung und deren respektvolles Zusammenleben seien zentrale Anliegen der AOZ. Es wird aber im gesamten Geschäftsbericht nichts zur Sicherheit gesagt. Bei Asylzentren finden immer wieder Auseinandersetzungen innerhalb der ausländischen Bevölkerung statt. Man sieht im Bericht auch einen Anstieg der Anzahl an Angestellten, Angeboten und Asylsuchenden. Besonders die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden sticht ins Auge. Sie haben ein tragisches Schicksal. 2013 betrug deren Anzahl noch 300. Im Jahr 2015 waren es bereits 2700. Diese Kinder werden auch hier nie glücklich werden. Es ist hoffnungslos, dass sie jemals erfolgreich in unsere Gesellschaft integriert werden können. Nur für die Angestellten der AOZ sind diese Zahlen gute Nachrichten, da dadurch für ihren Lohn gesorgt ist. Im Industriequartier im Kreis 4 und 5, wo auch das neue Asylzentrum hinkommen soll, hat sich eine regelrechte Asylindustrie entwickelt. Die FDP wird den Geschäftsbericht kaum ablehnen können. Wir mussten damals zusammen mit der FDP einen Kopfstand mitmachen, damit Martin Waser Chef der AOZ werden konnte. Am Wochenende sagte die Präsidentin der FDP, dass sie die neuen Kämpfer gegen die Asylindustrie und das Asylchaos seien. Es ist bedenklich, dass die FDP nun trotzdem die gesamte linke Asylindustrie durchwinkt.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Rechnung AOZ:

**Felix Moser (Grüne):** *Stefan Urech (SVP) sagte, dass die Fälle der unbegleiteten Minderjährigen hoffnungslos seien. Das stimmt so nicht und ist blosser Polemik. Ich kenne einige Beispiele von Flüchtlingen, die sich sehr gut integriert haben. Zur Rechnung 2015: Die AOZ schliesst mit einem Gewinn von knapp 500 000 Franken ab. Der Gewinn soll vollumfänglich den Reserven zugewiesen werden. Die Rechnung der AOZ ist als Globalbudget in zwei Produktgruppen aufgeteilt. In der ersten Gruppe sind alle städtischen Aufträge zusammengefasst, in der zweiten alle anderen Aufträge. In beiden Gruppen gab es einen positiven Saldo. Der grössere Teil des Gewinns stammt aus der zweiten Produktgruppe mit den Fremdaufträgen. Im Geschäftsbericht liegt die Rechnung in zwei Formen vor. Einerseits als Bilanz und Erfolgsrechnung, andererseits als Globalbudget. Im Rechnungsbuch gibt es nur die zweite Version. Das ist so in der AOZ-Verordnung vorgesehen. Das Resultat der beiden Darstellungen ist identisch. Wir werden demnächst bei einer anderen Dienstabteilung diskutieren, ob man diese in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umwandeln wird. Unterschiedliche Formen der Rechenschaftslegung werden dort sicherlich einen grossen Punkt in der Diskussion darstellen. Die RPK hat bei der AOZ verschiedene Fragen zur Rechnung gestellt und gleichzeitig das Budget der AOZ behandelt. Die Fragen betrafen etwa die Finanzierung der unterschiedlichen Fälle, wer was bezahlen muss. Wir haben auch über die Entwicklung der Fallzahlen diskutiert. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Rechnung korrekt ist.*

**Roger Liebi (SVP):** Maleica Landolt (GLP) bezeichnete die AOZ als eine politisch neutrale Organisation. Im Verwaltungsrat der AOZ ist aber vor allem die SP vertreten. Die SVP ist nicht vertreten, obwohl sie die grösste Partei der Schweiz und die zweitgrösste der Stadt ist. Es ist wie in allen anderen Institutionen, die die Stadt betreibt: Die SVP ist nie dabei, wird auch nicht angefragt. Das Interesse auf unserer Seite wäre durchaus vorhanden. Ein Verwaltungsrat ist dazu da, dass auch einmal eine andere Meinung eingebracht wird, um das Richtige zu tun. Das ist hier aber offenbar nicht erwünscht. Bei der Rechnung wird ersichtlich, dass mit dem Asylwesen Gewinne gemacht werden. Die AOZ weist einen Ertrag von insgesamt 168 Millionen Franken aus, davon stammen 133 Millionen Franken aus dem Asylwesen. Sie kommen aus Beiträgen von Bund, Kanton, Gemeinde und eigenen Unternehmungen. Die 133 Millionen Franken zeigen, in welche Richtung es mittlerweile geht. 2014 lag die Zahl der Beiträge noch bei 113 Millionen Franken. Man sollte dies berücksichtigen, wenn man den Geschäftsbericht würdigt. Wir lehnen das Wachstum des Asylwesens, das proaktive Verwalten des Asylwesens ab und somit auch die Rechnung.

Weitere Wortmeldungen:

**Corinne Schäfli (AL):** Die AL stimmt dem Geschäftsbericht zu. Wir schätzen die Arbeit der AOZ. Es gibt jedoch auch von unserer Seite einen Kritikpunkt. Die Unterbringung von Flüchtlingen stellt für uns eine grundsätzliche Aufgabe dar. Die Stadt ist natürlich nicht nur an grundsätzlichen Aufgaben beteiligt. Es gibt auch viele Dinge, die zur Unterhaltung dienen, Institutionen und Feste. Es scheint absurd, dass dann teilweise gespart werden muss bei denjenigen, die in der Stadt den schwierigsten Stand haben. Die AOZ wird für den Bund das Duttweiler-Zentrum realisieren müssen. Wir als Politiker und die AOZ selber können einen Einfluss darauf haben, wie die Aufgabe ausgeführt wird. Deshalb sollte in einem Geschäftsbericht auch auf Lücken hingewiesen werden, die es zu füllen gäbe.

**Urs Helfenstein (AL):** Im Leitfaden zur Geschäftstätigkeit der GPK der Stadt heisst es, die GPK prüfe den Geschäftsbericht sowie die Geschäftsführung der AOZ. Stefan Urech (SVP) würdigt nicht den Geschäftsbericht, sondern zieht polemisch und ironisch über die AOZ her und sagt, sie würde ihre Arbeit nicht gut verrichten. Das ist nicht glaubwürdig. Am 9. Mai 2016 stellte die AOZ der GPK den Geschäftsbericht vor. Kommissions-sitzungen sind nicht öffentlich. Was darin besprochen wird, auch nicht. Kaum eine Stunde nach Sitzungsende tauchte auf Facebook eine Seite der AOZ-Unterlagen auf, die wir in der Sitzung erhalten haben. Die Seite ist immer noch online. Nicht die AOZ macht keinen guten Job, sondern wir, wenn wir Unterlagen aus der Kommission an die Öffentlichkeit weiterleiten. Um mit einer positiven Note zu schliessen: Ich freue mich auf das Bundesasylzentrum, auf den Austausch mit den Personen. Ich schliesse mich der von Maleica Landolt (GLP) vorgetragenen Würdigung vollumfänglich an.

**Simon Kälin (Grüne):** Ich bedanke mich bei den Verantwortlichen der AOZ für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Die AOZ ist ein wichtiges Instrument und erbringt gute Arbeit. Noch nie seit dem 2. Weltkrieg waren so viele Menschen auf der Flucht. Angesichts der menschlichen Tragödien, die sich täglich auf dem Mittelmeer abspielen,

*halte ich es für inakzeptabel, die AOZ als Asylfabrik zu bezeichnen. Die SVP ist als Partei nicht in der Lage, Probleme aktiv zu lösen. Sie bewirtschaftet ein wichtiges Problem mit Polemik und Zynismus. Ich möchte an verschiedene Artikel der Bundesverfassung erinnern. So etwa soll sich die Schweiz für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung einsetzen. Wie sollen wir einen Verfassungsauftrag umsetzen, wenn nicht mit Instrumenten, die sich seit Jahren bewährt haben? Weiter besagt die Bundesverfassung, die Würde des Menschen sei zu achten und zu schützen, niemand dürfe diskriminiert werden. Wenn wir die Verfassung ernst nehmen, müssen wir diese Verpflichtung auch umsetzen. Der Krieg in Syrien dauert an. Interventionen von Gross- oder Regionalmächten haben zu gescheiterten Staaten geführt. Die Leidtragenden sind die Menschen vor Ort. Im vergangenen Jahr kamen 2700 unbegleitete Minderjährige in die Schweiz. Wir haben genügend Kapazität, auch diesen Personen Schutz zu bieten vor Ausweisung, Auslieferung und Ausschaffung in einen Staat, in dem sie verfolgt werden, ihnen eine grausame Behandlung oder Bestrafung droht. Solidarität ist in Krisen die beste Antwort. Die einfachen Leute, die selber nichts haben, leisten am meisten, so etwa in Griechenland. Dieses solidarische Handeln beeindruckt mich.*

**Stefan Urech (SVP):** *Nur ein kleiner Teil der unbegleiteten Minderjährigen kommt aus Syrien, vielleicht 7 %. Die grosse Mehrheit kommt aus Eritrea und Afghanistan. Es ist zynisch, diesen Kindern zu sagen, sie hätten eine grosse Zukunft vor sich. Die Mitarbeiter der AOZ sagen selbst, dass diese Kinder einen sehr kleinen schulischen Rucksack mitbringen. In den wenigen Jahren in der Schweiz tut man, was man kann und danach sollten sie bereits in den Arbeitsmarkt. 90 % der Eritreer beziehen Sozialhilfe. Wir werden Mühe haben, unsere Sek-B-Schüler mit Lehrstellen bedienen zu können. Man will der Realität nicht ins Auge sehen, wenn man sagt, dass diese Jugendlichen alle in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Zu meinem Facebook-Post: Ich habe nach der Sitzung gefragt, ob die veröffentlichte Seite unter Geheimhaltung stehe. Dies wurde verneint. Deshalb habe ich sie online gestellt. 2013 waren 400 Mitarbeiter bei der AOZ angestellt, 2016 waren es bereits 900. Das ist mehr als eine Verdoppelung. Doch mein Facebook-Post scheint das grössere Problem zu sein. Unsere Aufgabe in der GPK ist meines Erachtens, die Geschäftsberichte inhaltlich zu prüfen und zu würdigen. Das Vorwort des Geschäftsberichts enthielt politische Statements. Ich sollte mir diese ebenfalls erlauben dürfen.*

**Alan David Sangines (SP):** *Die SVP gab zu Beginn dieser Sitzung eine Erklärung ab und erwähnte darin die Schliessung eines Bäckereibetriebs. Man sprach davon, dass der Betrieb schliessen musste und Arbeitsplätze verloren gingen, weil Parkplätze abgebaut werden mussten. Das Votum war äusserst dramatisch. Man sollte sich überlegen, was die Leute an dramatischen Geschichten erlebt haben, die aus Syrien hierherkommen. Sie mussten wegen Bomben fliehen. Es ist unsere Aufgabe, diese Leute, die hierbleiben können, weil sie aus einem Krisengebiet stammen, zu integrieren. Die AOZ leistet hier hervorragende Arbeit. Was Stefan Urech (SVP) heute über die unbegleiteten Minderjährigen gesagt hat, ist fernab von jeglicher Realität. Diese Jugendlichen mögen teilweise keinen grossen Bildungsrucksack mitbringen, aber eine hohe Lernmotivation. Sie lernen schneller Deutsch als jeder Erwachsene, bringen insbesondere im handwerk-*

lichen Bereich ein Know-How und ein Arbeitsverständnis mit. Viele Betriebe sagen, dass diese Jugendlichen am ersten Tag bereits besser arbeiten als ein Schweizer im dritten Lehrjahr. Die Ambition dieser Jugendlichen ist derart hoch, dass sie in kürzester Zeit sozialhilfeunabhängig werden. Die SVP sollte mit den Betrieben sprechen, um die Realität zu erfahren. Verschiedene Werdegänge unbegleiteter Minderjähriger zeigen, dass sie innert Kürze sehr weit kommen und für die Lehrbetriebe extrem wertvolle Ressourcen darstellen. Wenn sie in die Schweiz kommen, müssen sie gut geschult werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass sie die Sprache lernen. Die Arbeitsfähigkeit bringen sie alle bereits mit. Die SVP kritisierte, dass sie nicht im Verwaltungsrat der AOZ vertreten ist. Es würde ihr guttun, dort einmal einen Einblick zu erhalten. Doch man stellt keinen Metzger in den Verwaltungsrat eines Veganerclubs. In einem Punkt sind wir uns aber einig: Die SVP sagte, die AOZ hätte insgesamt einen Ertrag von 168 Millionen Franken erwirtschaftet. Es würde mich interessieren, was sie zu sagen hätte, wenn die AOZ defizitär wäre. Wenn der SVP dieser Ertrag zu hoch ist, können wir uns hier noch finden. Wir sind auch einverstanden, wenn der Ertrag etwas kleiner ausfällt und die AOZ mehr Personal einstellt, mehr Deutschkurse und mehr flüchtlingsfreundlichere Liegen-schaften mit kleineren Zimmern anbietet.

**Samuel Balsiger (SVP):** Die Grünen sagen, es würde zynisch mit dem Thema umgegangen. Das stimmt. Es ist oberzynisch, wenn man Krieg für seine Zwecke missbraucht. Die wenigsten Menschen, die in der Schweiz ankommen, stammen aus einem Kriegsgebiet. Grüne und SP missbrauchen das Leid derjenigen Menschen, die tatsächlich im Krieg leben, für ihre Zwecke. Es geht hier nicht um echte, an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge, sondern um Menschen, die aus anderen Staaten kommen. Die Situation der Menschen, in deren Städten ganze Viertel zerbombt werden, für die eigene Propaganda zu verwenden, ist äusserst zynisch und menschenfeindlich. In der Bundesverfassung steht, dass man sich dafür einsetzen soll, dass die internationale Ordnung aufrechterhalten wird. Die öffentliche Ordnung in Europa wackelt aufgrund des Asylchaos. Die Menschenströme pflügen ganze politische Systeme um. Personen, die in Deutschland als Flüchtlinge registriert waren, verüben Terroranschläge. Wer die internationale Ordnung aufrechterhalten will, muss in erster Konsequenz dafür sorgen, dass das Asylchaos gestoppt wird. Wenn wir den Anreiz des Sozialstaats wegnehmen, machen sich die Wirtschaftsflüchtlinge, die den Hauptanteil der Flüchtlinge ausmachen, gar nicht auf den Weg nach Europa, begeben sich nicht in Lebensgefahr und finanzieren nicht kriminelle Schlepper. Wir müssen die internationale Ordnung schützen, indem wir das Asylchaos in Europa beenden. Wir müssen Menschen schützen, die wirklich an Leib und Leben bedroht sind. Man könnte nun auch Art. 27 der Bundesverfassung zitieren, der die Wirtschaftsfreiheit in der Schweiz garantiert. Eine Partei, die offiziell den Sozialismus einführen will und die Wirtschaft verstaatlichen will, ist sehr wirtschaftsfeindlich. Hier werden die Pfeiler des Wohlstands zerstört. Man sollte dafür sorgen, dass wir auch künftig einen Wohlstand haben, den wir im Land selber verteilen können. Wenn wir nichts mehr haben, besteht auch keine Möglichkeit mehr, anderen Menschen zu helfen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Raphael Golta:** Die AOZ ist mit einer sehr herausfordernden gesellschaftlichen

6 / 7

*Aufgabe betraut. Die Aufgabe ist zu einem grossen Teil vorgegeben durch übergeordnete Gesetze. Die AOZ nimmt diesen Auftrag hervorragend wahr. Es gibt wenige staatliche Bereiche, die dermassen schnell auf Veränderungen reagieren können müssen. Wir haben dies letztes Jahr mit der Zunahme der Flüchtlinge erlebt, mit der Erhöhung des kommunalen Kontingents durch den Kanton. Zugleich ist es eine Aufgabe, die unter politischer Kritik steht. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitenden und beim Verwaltungsrat der AOZ, die unter schwierigsten Bedingungen nach Lösungen gesucht haben, Aufgaben angenommen haben und das Kontingent erfüllen konnten. Man prüfte stets auch, wo Lücken im System bestehen und wie man diesen Menschen eine Perspektive geben kann, damit es nicht so schwarzmalersisch endet, wie von Stefan Urech (SVP) beschrieben. Wenn wir die Herausforderung gut anpacken, können wir im Bereich der Integration viel erreichen. Das Bundesasylzentrum wird im Übrigen nicht von der AOZ, sondern von der Stadt gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Migration realisiert. Betrieben wird es erst danach von der AOZ. Stefan Urech (SVP) sprach davon, es sei das falsche Quartier, um das Zentrum anzusiedeln. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass es ein gutes Quartier ist, das genau diese Nutzung bestens aufnehmen kann. Die Stimmbevölkerung in diesem Quartier hat dies am 5. Juni 2016 mit über 85 % Ja-Stimmen zur Asylgesetzrevision bestätigt. Der Geschäftsbericht und die Rechnung sollten genehmigt werden.*

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Maleica Landolt (GLP), Referentin; Vizepräsidentin Christine Seidler (SP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Corinne Schäfli (AL), Michael Schmid (FDP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit:	Stefan Urech (SVP), Referent; Präsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Geschäftsbericht 2015 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. Juni 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

7 / 7

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat